

Protokolleintrag vom 24.09.2003

Von Roger Liebi (SVP) und Monika Erfgen (SVP) ist am vom 24.9.2003 folgende *Interpellation* eingereicht worden:

Die Summe aus Steuern und Gebühren, welche von Bund, Kanton und Gemeinden erhoben werden, ist in den letzten Jahren massiv angestiegen, sodass die Schweiz ihre einstige Führungsposition betreffend Staatsquote verloren hat, was sich in erheblicher Weise negativ, nicht nur auf die schweizerische sondern auch auf die kommunale Wirtschaft auswirkt.

Auch in der Stadt Zürich müssen nebst ordentlicher Gemeindesteuern für viele Amtshandlungen und Dienstleistungen Gebühren bezahlt werden.

Der Sinn der Erhebung von Steuern liegt darin, dass das Staatswesen, in diesem Falle die Stadt Zürich, Arbeiten und Aufgaben, welche nicht von der Privatwirtschaft ausgeführt werden können, übernimmt und finanzieren kann.

Es ist daher schwer verständlich, dass Bürger, Vereine oder Firmen für verschiedenste Dienstleistungen in obigem Sinne, z. B. Bewilligungen, Bescheinigungen, Kontrollen, Schreibgebühren, separate Abgaben bzw. Gebühren zu leisten haben.

In diesem Zusammenhang bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche kommunalen Dienstleistungen, Arbeiten, etc. sind in CHF1000.– Gemeindesteuern enthalten (bitte um detaillierte Aufstellung)?
2. Wie wird die Umlage von CHF 1000.– eingenommener Gemeindesteuern budgetiert (bitte um detaillierte Aufstellung in CHF)? Dabei interessiert vor allem ob, die Stadt Zürich einen Bottom-up (Amt-Departement-Finanzvorstand) oder einen Top-Down-Ansatz (Finanzvorstand-Departement-Amt) anwendet und wie die entsprechende Methode begründet wird.
3. Für welche Dienstleistungen und Arbeiten verlangt die Stadt Zürich separate Gebühren (detaillierte Aufstellung) und wie werden diese vom Stadtrat begründet?
4. Mit welchen Massnahmen und bis wann will der Stadtrat die auf kommunaler Ebene (Stadt Zürich) berechnete Staatsquote senken?
5. Sollte der Stadtrat keine Massnahmen zur Senkung der unter Punkt 4 erwähnten „kommunalen“ Staatsquote planen, bitten wir um Begründung dieser Haltung.
6. Wie interpretiert der Stadtrat das wachsende Missverhältnis von Staatsquote und Wirtschaftswachstum in Bezug auf Steuereinnahmen und Rechnung der Stadt Zürich? Welche Massnahmen leitet er daraus ab?